nerberatung, betreuen Alkoholiker. Dies beweist, daß diese Frauen mit diesen ganzen Problemen aktiver umgehen, als vielfach die Männer.

Zur Quantifizierbarkeit möchte ich folgendes anmerken: 60 % der Arbeitslosen und 3/4 der Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Diese Frauen, das kann man wohl sagen, sind mit der Situation unzufrieden. Das ist eine große Anzahl. Ich bin der Meinung, daß diese Frauen der Wärme und der Sicherheit in der DDR nachtrauern, aber sie wünschen sich das nicht zurück. Diese Frauen warten auf ihre Chance, daß sie sich wirklich aktiv mit einbringen können. Sie wollen sich mit ihrer Situation nicht abfinden. Das finde ich positiv.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre interessanten Beiträge, für die interessante Diskussion. Ich danke unserem Vorsitzenden für die Genehmigung, überziehen zu dürfen und übergebe.

Vorsitzender Siegfried Vergin (SPD): Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung um 17.15 Uhr fort.

Pause

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich bitte alle Teilnehmer der Anhörung in den Saal. Meine Damen und Herren, wir beginnen mit dem letzten Teil des heutigen Tages. Die Moderation hat Gerd Poppe. Es werden jetzt einige Kurzbeiträge zu Einzelpunkten, die heute schon einmal global aufgerufen wurden, vertieft. Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Kollege Poppe, sofort die Moderation übernehmen und die einzelnen Redner dann auch bitten, Ihren Vortrag zu halten.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich, daß überhaupt noch einige Zuhörer nach den bisherigen 18 Stunden gestern und heute geblieben sind. Ich möchte trotzdem kritisch vermerken, daß es der Wunsch der großen Fraktion war, auch insbesondere der CDU/CSU-Fraktion, diese Mammut-Anhörung von 2 1/2 Tagen in dieser Form durchzuführen. Deshalb kann ich die Enttäuschung darüber nicht verbergen, daß die Sitze der CDU/CSU-Fraktion so spärlich besetzt sind.

Ich hoffe dennoch auf einen interessanten letzten Teil des heutigen Tages.

Die Themen, mit denen wir uns im folgenden auseinandersetzen, möchte ich einmal so bezeichnen, daß ein „Gemischtwarenladen“ übriggeblieben ist. Die Bereiche, denen wir uns jetzt widmen, gliedern sich in die Themenkomplexe: Alte Menschen, Behinderte, die Geburtenentwicklung sowie die Wanderbewegung. Es sieht ein bißchen so aus, als ob das Themen sind, die in die Überschriften der bisherigen Vorträge nicht so recht hineinpaßten, und deshalb nun am Schluß hintereinander abgehandelt werden. Auf der anderen Seite kann man natürlich sagen, daß alles mit allem zusammenhängt. Die Geburtenentwicklung hängt sicherlich mit der späteren Rentenentwicklung zusammen. Es ist ein demographisches Problem, wie auch die Wanderbewegungen zu einem

demographischen Problem werden können. Es gibt also durchaus Zusammenhänge mit den bisherigen Themenkomplexen dieser Anhörung. Wir haben sie alle schon einmal in den Beiträgen des Ministers und auch in der letzten Diskussionsrunde vernommen.

Ich möchte Sie jetzt bitten, Ihre Kurzvorträge aus Zeitgründen ohne Pause hintereinander zu halten, und die Diskussion auf den Schluß dieses heutigen Tages zu verlegen, damit wir einigermaßen zügig vorankommen. Ich möchte Sie weiterhin bitten, die vorgegebenen 15 Minuten bei den Kurzvorträgen einzuhalten.

Wie im Programm angekündigt, möchte ich zunächst einmal Herrn Dr. Dorbritz bitten, seinen Vortrag über die Geburtenentwicklung und ihre Auswirkungen sowie die möglichen ökonomischen, sozialen und politischen Folgerungen, die sich daraus ergeben, zu halten. Das Anliegen der Enquete-Kommission besteht ja auch darin, die noch anhaltenden Folgen der DDR-Vergangenheit in den Blick zu nehmen, zugleich aber auch den Transformationsprozeß zu analysieren sowie die politischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Desweiteren ist es ein Anliegen der Enquete-Kommission, Empfehlungen an den Bundestag gegenüber den zuständigen Fachpolitikern abzugeben. Es geht um die Analyse, wie man Fehlentwicklungen vermeiden oder beenden kann. Es wäre wünschenswert, wenn wir hierbei auch das eine oder andere positive Signal in den jetzt zu behandelnden Themen bezüglich des Ablaufs des Transformationsprozesses erkennen. Wenn ich z. B. an die heutigen Ausführungen von Staatsminister Geisler denke, die er zu den Behinderteneinrichtungen gegeben hat, ist hierin durchaus eine Entwicklung sichtbar. Ich würde Sie also allesamt bitten wollen, den Schwerpunkt auf die Entwicklung des Transformationsprozesses selbst, und die sich – nach Ihrer Meinung – ableitenden Folgeentwicklungen für die Zukunft, zu legen. Ich bitte Sie, Herr Dr. Dorbritz, jetzt zu beginnen.

Dr. Jürgen Dorbritz: Vielen Dank, Herr Poppe. Ich möchte mich zunächst vorstellen. Ich bin wissenschaftlicher Rat am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Dort arbeite ich seit 1992. Davor habe ich seit 1980 an der Akademie der Wissenschaften im Institut für Soziologie und Sozialpolitik der ehemaligen DDR gearbeitet.

Zunächst möchte ich Ihnen die Geburtenentwicklung darlegen. Ich bin in der gleichen Situation wie meine Vorredner, die auch nicht auf einen Overheadprojektor zurückgreifen konnten. Sie müssen also das Manuskript zur Hand nehmen. Ich möchte Sie bitten, Abb. 4 (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 4) meines Manuskriptes aufzuschlagen. In dieser Abbildung wird der Trend der Geburtenhäufigkeit in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1960 und 1995 gezeigt. Bei der Kennziffer „zusammengefaßte Geburtenziffern“ handelt es sich um eine durchschnittliche Kinderzahl, die auf den Daten eines Kalenderjahres berechnet worden ist. Einzelheiten zu dieser Vorgehensweise beantworte ich Ihnen gerne später, falls es Sie interessiert. Der Abbildung kann man vier bedeutende Fakten entnehmen. Zunächst kann man

einmal einen identischen Verlauf zwischen 1960 und Mitte der 70er Jahre in beiden Teilen Deutschlands feststellen. Weiterhin wird das Geburtenhoch der 60er Jahre und der Geburtenrückgang in der ersten Hälfte der 70er Jahre deutlich.

Ich möchte auch auf die Situation im früheren Bundesgebiet aufmerksam machen. Wenn man sich die schwarze durchgezogene Linie (früheres Bundesgebiet) anschaut, wird offensichtlich, daß seit Mitte der 70er Jahre bis Mitte der 90er Jahre ein stabiles Geburtenniveau vorherrschte. Diese Kurve verläuft einmal nach unten und einmal nach oben. Im Prinzip zeigt sie aber ein stabiles Geburtenniveau. Diese Situation muß aber nicht so bleiben, viele unserer Untersuchungen deuten darauf hin, daß ein weiterer Geburtenrückgang möglich ist. Ich werde darauf noch einmal zu sprechen kommen.

Der nächste Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der Geburtenanstieg zwischen 1975 und 1980 in den neuen Bundesländern. Dieser Anstieg hat mit der Familien-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik der ehemaligen DDR zu tun. Man erkennt aber auch, daß bereits nach 1980 ein allmählicher Abwärtstrend einsetzte, d. h. man konnte bevölkerungs- oder familienpolitisch das Geburtenniveau nur kurzzeitig erhöhen. In aller Regel erreicht man Zeiteffekte, d. h. das Vorziehen oder Nachziehen von Geburten. Danach klingen in aller Regel die Wirkungen solcher Stimuli wieder ab.

Einen weiteren Punkt, auf den ich jetzt ein bißchen ausführlicher eingehen möchte, betrifft den Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 1991 und das seitdem niedrige Niveau. Diese Situation haben die amerikanischen Bevölkerungswissenschaftler als „Demographic shocks“ bezeichnet. Übersetzt bedeutet dies, daß sich die Gesellschaft gewandelt hat. Gemeint ist der Austausch der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung. Auf diesen gesellschaftlichen Wandel, der von ihnen kaum beeinflußbar wurde, haben die Menschen mit Stabilität in ihren privaten Lebensverhältnissen reagiert. Man hat nur noch wenig Kinder bekommen, man hat keine Ehen geschlossen, und man hat sich auch nicht scheiden lassen.

Ich möchte jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzten, um Ihre Frage nach dem Niveau der Ehescheidungen zu beantworten. Die Scheidungsrate ist sehr deutlich gesunken. Das Niveau betrug 1991 noch 16 % des Niveaus von 1989. Bei den Eheschließungen und bei den Lebendgeborenen verläuft dieser Rückgang ähnlich, wenn auch nicht so dramatisch, auf etwa 35 bis 40 %. Ich werde auf diese Situation des niedrigen Geburtenniveaus noch einmal zu sprechen kommen.

Wenn Sie sich bitte die zusammengefaßten Geburtenziffern, berechnet auf einer Monatsbasis, auf der Abbildung 8 meines Manuskriptes anschauen würden. Wenn man die Entwicklung in der ersten Hälfte 1996 betrachtet, ist ein Wiederanstieg erkennbar. Ich stimme hier nicht mit der Auffassung von Frau Beyer überein, daß man von einem Fortdauern des Geburtentiefs in den neuen Bundesländern auszugehen hätte. Meines Erachtens zeichnet sich hier eine

Trendwende zu höheren Geburtenzahlen ab. Ich will das auch im weiteren Verlauf des Vortrags noch begründen. Meiner Auffassung nach wird es einen ganz allmählichen Anstieg geben, der sich bis über die Jahrtausendwende hinziehen wird.

Gestatten Sie mir jetzt nochmals, auf die Erklärung des Geburtentiefs in den neuen Bundesländern zurückzukommen. Dazu betrachten Sie bitte Abbildung 1 meines Manuskriptes, die die Wertorientierungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994 anhand einer Befragung wiedergibt. Man erkennt hier, daß die verschiedenen Lebensbereiche nach der Wichtigkeit zu beurteilen waren. Anhand einer fünfstufigen Skala mußten die Lebensbereiche zwischen „sehr wichtig" und „unwichtig" klassifiziert werden. Die Bereiche sind dann nach den Mittelwerten geordnet worden. Die Mittelwerte sind dadurch zustande gekommen, daß diejenigen, die mit „sehr wichtig" geantwortet haben, mit 1 gewichtet worden sind. Diejenigen, die mit „unwichtig" geantwortet haben, sind mit 5 gewichtet worden. Das heißt also, je näher der Mittelwert bei 1 liegt, desto mehr Leute haben mit „sehr wichtig" oder „wichtig" geantwortet. Wenn man sich diese Struktur anschaut, erkennt man für 1990, daß hier Bereiche für wichtig erachtet wurden, die in der DDR nicht oder nur unzureichend vorhanden waren: die Entlohnung nach Leistung, die Preise, saubere und intakte Umwelt, Rechtssicherheit. Gegenüber 1994 hat sich diese Einstufung gewandelt. 1994 wurden Wertorientierungen wie persönliche Sicherheit, soziale Sicherheit und bezahlbare Wohnungen in den Vordergrund gerückt. Kinder sind etwa gleich wichtig geblieben. Wir haben bei der Beurteilung nicht so einen starken Wertewandel, d. h. man hat jetzt eher eine Diskrepanz zwischen den Urteilen darüber, was einem wichtig ist und wie man tatsächlich lebt. Bei den Wertorientierungen gibt es noch keine Erklärung dafür, warum die Geburtenentwicklung so stark gesunken ist.

Wenn man sich jetzt aber die Abbildung 2 anschaut, wird diese Entwicklung deutlicher. Die Abbildung zeigt die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern 1990 und 1994. 1990 rangierte auf Platz 2 die Möglichkeit mit Kindern zu leben. Das wurde 1990 noch außerordentlich positiv bewertet. Wenn man dann den Vergleich zu 1994 zieht, ist die Zufriedenheit bezüglich der Möglichkeit, mit Kindern zu leben, auf Platz 12 abgerutscht. Es gibt also eine deutliche Zunahme der Unzufriedenheit hinsichtlich der Bedingungen, mit Kindern zu leben. Das gleiche gilt auch für die Zukunftserwartungen. Mit dem Pfeil wurde auch hier wieder der Unterschied zwischen 1990 und 1994 angedeutet. Man erwartet, 1994 viel stärker eine Verschlechterung der Bedingungen, um mit Kindern zu leben. Wir haben ein hohes Unzufriedenheitspotential, und wir haben quasi einen Zukunftspessimismus darüber, daß sich die Bedingungen, um Kinder zu bekommen, verbessern werden. Das ist m.E. schon einer der Erklärungsfaktoren, warum das Geburtenniveau so deutlich abgesunken ist. Wenn Sie sich noch einmal die Abbildung 4 vor Augen halten. Dort werden die Geburtentrends in beiden Teilen Deutschlands dargestellt. Sie sind im Großen und Ganzen recht ähnlich verlaufen. Ich möchte hier auch wirklich gegen die Illusion sprechen, daß in der

ehemaligen DDR deutlich mehr Kinder als im Westen geboren worden sind. Es gab natürlich über einen begrenzten Zeitraum – über 10 bis 15 Jahre – Unterschiede, aber die Unterschiede sind m.E. nicht so gravierend wie andere Unterschiede, die sozusagen hinter diesem Durchschnittswert der zusammengefaßten Geburtenziffer stehen.

Anhand dieser Unterschiede möchte ich jetzt einmal deutlich machen, wohin dieser demographische Transformationsprozeß, der Wandel im Geburtenverhalten in den neuen Bundesländern laufen könnte. Der erste Unterschied, der außerordentlich ausgeprägt ist, ist der Unterschied hinsichtlich des Anteils kinderloser Frauen. In der ehemaligen DDR gab es kaum kinderlose Frauen. Der Anteil der Kinderlosigkeit in den neuen Bundesländern bei den Geburtsjahrgängen, die zwischen den 50er Jahren geboren wurden, betrug etwa 5-10 %. Wenn man sich dagegen die Entwicklung im früheren Bundesgebiet ansieht, kann man erkennen, daß beim Geburtsjahrgang 1960 bereits eine Kinderlosigkeit von etwa 24 % vorherrschte. Dieser Trend ist eindeutig ansteigend. Wenn man jetzt einmal weiterrechnet, könnte man erwarten, daß bei denjenigen Frauen, die etwa im Jahr 1965 bis 1970 geboren worden sind, der Anteil der Kinderlosigkeit bei etwa 30 bis 35 % liegen wird. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, bedeutet dies, daß sich die Geburtenzahlen im früheren Bundesgebiet nach unten entwickeln werden. In dieser Situation steckt ein zweiter Unterschied zur Situation in der ehemaligen DDR. In der DDR hatten fast alle Frauen zumindest ein Kind. Der Anteil der Frauen, die mehr als ein Kind hatten, war relativ gering.

In den unterschiedlichen Anteilen kinderloser Frauen, einhergehend mit einer niedrigen Erstheiratsneigung, ist eine Situation im Westen abgebildet, die in der bevölkerungssoziologischen Literatur mit dem Begriff der Polarisierung der Lebensformen in einen Familien- und einen Nichtfamiliensektor beschrieben wird. Man hat einen Sektor von Frauen, die kinderlos bleiben und auch nicht heiraten. Der umfaßt gegenwärtig bei den Frauen, die zur Zeit 30-35 Jahre alt sind, etwa 25 %. Auf der anderen Seite hat man diejenigen, die sich für den traditionellen Weg der Familiengründung entscheiden, die heiraten und dann in aller Regel 2 oder auch 3 Kinder haben. Wir bezeichnen diesen Prozeß als Bevölkerungspolarisierung oder als Individualisierung oder Pluralisierung in den Lebensformen. In der ehemaligen DDR hatte eine solche Polarisierung kaum stattgefunden. Diese Entwicklung findet aber im Moment des demographischen Wandels in den neuen Bundesländern statt: Der Weg vom Einheitsbiographieverlauf hin zu einer größeren Vielfalt in den Lebensformen.

Ein weiterer Punkt, auf den ich Sie hier aufmerksam machen möchte, ist der hohe Anteil der nichtehelichen Geboren in den neuen Bundesländern. Im Westen beträgt er z.Zt. ca. 13 %. In den neuen Bundesländern über 40 %. Diese Entwicklung hat sich auch in der Zeit seit 1990 nicht verändert. Der Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen ist sogar noch angestiegen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es aber in der DDR keinesfalls eine Entkoppelung von Geburt und Eheschließung gab. Hierin verbergen sich sozial- oder familienpolitische

Mitnahmeeffekte. Alleinerziehende sind in besonderem Maße familienpolitisch unterstützt worden, man hat also erst die Kinder bekommen, hat die staatlichen Unterstützungsleistungen mitgenommen und hat dann erst geheiratet.

Ein weiterer Punkt ist, der mir hier interessant erscheint, daß man auch im Westen einen allmählichen Anstieg bei der nichtehelichen Quote erkennen kann. Ursprünglich bin ich einfach von der Anpassungsthese ausgegangen, wonach sich die Frauen und Männer in den neuen Bundesländern an die Verhaltensmuster im Westen annähern. Das scheint mir pauschal so nicht zu stimmen. Wenn man sich die Entwicklung betrachtet, könnte es zu einer wechselseitigen Annäherung kommen. Vielleicht kommt es dann zu einem Rückgang der nichtehelichen Quote im Osten und einem Anstieg im Westen.

Ich möchte Sie bitten, auf die Abbildung 7 zu schauen. Die Abbildung zeigt die altersspezifischen Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern 1985 und 1995. Man erkennt auch hier eine Besonderheit der ehemaligen DDR. Die Frauen haben die Kinder in einem sehr frühen Alter von 22, 23, 24 Jahren bekommen. Man erkennt diese Entwicklung an der schwarzen Linie, die außerordentlich links steil mit dem höchsten Gipfel verläuft. Dieses Altersmuster ist nach 1990 weggebrochen. Dieses Phänomen ist für den weiteren Verlauf der Geburtenentwicklung in den neuen Bundesländern sehr interessant. Es wird deutlich, daß die heute zwischen 15 und 25 Jahre alten Frauen in den neuen Bundesländern sich quasi genauso verhalten, wie ihre Alterskollegen im Westen. Die zwischen 25 und 35 Jahre alten Frauen sind jedoch nach wie vor der Träger des niedrigen Geburtenniveaus. Man kann hier die These eines altersspezifischen oder generationsspezifischen Anpassungsprozesses entwickeln. Wenn diese These stimmt, werden sich die Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern langsam in dem Maße erhöhen, wie die jüngeren Generationen in das Alter hineinwachsen, wo man in den alten Bundesländern normalerweise seine Kinder bekommt, also zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr. Das bedeutet, daß sich dieser demographische Anpassungsprozeß langsam bis über das Jahr 2000 hinaus vollstrecken wird.

Herr Poppe hat Konsequenzen dieser Situation angekündigt. Ich war darüber nicht besonders glücklich, weil es außerordentlich schwer ist, die Konsequenzen dieser demographischen Situation darzustellen. Die Verbindungen zwischen dem Geburtenniveau, das vielleicht 10 Jahre niedriger ist, und der sozialen Situation in der Region sind außerordentlich schwierig zu beschreiben. Ich möchte einmal zwei Punkte hervorheben. Wir haben vorhin die These diskutiert, ob die Frauen „Verlierer der Wende“ sind. Mir ist diese Formulierung auch zu pauschal, man kann die Frage nicht so stellen. Es könnte jedoch aus der demographischen Sicht eine Gruppe von Frauen, aber auch von Männern geben, die hinsichtlich ihrer Familienbildung „Verlierer der Wende“ sind. Das sind diejenigen, die heute um die 30 Jahre alt sind. Das ist die Gruppe, die auf Kinder verzichtet hat, die inzwischen auch ihre Geburtenbiographie nicht wieder aufgenommen hat. Man wird also eine soziale Gruppe haben, in der Kin-

derlosigkeit außerordentlich weit verbreitet ist. Man hat hier individuelle Schicksale in zweifacher Hinsicht. Einmal konnte der ursprüngliche Wunsch, der in der DDR bei allen Frauen bestand, mit Kindern zu leben, nicht verwirklicht werden, und man wird eine Gruppe haben, die, wenn sie älter wird und auf Pflege angewiesen ist, nicht mehr über das familiäre Netzwerk nach unten verfügt. Diese Gruppe von Menschen wird demnach nicht über Kinder verfügen, die im familiären Bereich Pflege übernehmen könnten. Man wird also eine Gruppe haben, die in starkem Maße auf institutionelle Pflege angewiesen ist. Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, steht im Zusammenhang mit dem dominierenden demographischen Trend der letzten 100 Jahre. Es geht um das Altern der Bevölkerung. Wenn Sie bitte die vorletzte Seite aufschlagen, dort ist der Altersaufbau der Bevölkerung zwischen 1910 und 2040 dargestellt. Man erkennt, wie sich in einem Zeitraum von etwas mehr als 100 Jahren dieser Altersaufbau von stark besetzten jungen Jahrgängen von einer Pyramidenform in eine Art Glockenform geändert hat, wo die am stärksten besetzten Altersjahrgänge um das 70. Lebensjahr liegen. Der Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern hat zum Voranschreiten dieses Alterungsprozesses beigetragen. Er hat ihn aber nicht ausgelöst. Der Auslöser dieses demographischen Wandels ist der Geburtenrückgang, der schon zu Beginn unseres Jahrhunderts stattgefunden hat, und die Zunahme der Lebenserwartung der über 60- und über 70-jährigen Menschen bzw. der Rückgang der Altersstерblichkeit. Die Situation in den neuen Bundesländern hat diesen Prozeß nur verstärkt.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Dr. Dorbritz. Wir machen gleich weiter mit dem Kurzbeitrag von Herrn Dr. Schwitzer zu der Lebenssituation alter Menschen. In diesem Vortrag geht es auch, ausgehend von der sozialen Lage der Menschen in der DDR, um die Beantwortung der Frage, wie alte Menschen auf diesen Transformationsprozeß reagieren. Akzeptieren ältere Menschen den Transformationsprozeß? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wie einschneidend ist er, gerade für diese Gruppe auch im Unterschied zur Jugend. Wie ist die gesellschaftliche Rolle dieser Menschen im Verlaufe dieses Prozesses? Ich bitte Sie um Ihren Beitrag, Herr Dr. Schwitzer.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Ich wurde vor 50 Jahren in Berlin, in der sowjetischen Besatzungszone, geboren, bin dort bis zum Abitur zur Schule gegangen, habe anschließend die Berufe Koch, Kellner, Journalist, Philosoph und Soziologe erlernt und auch ausgeübt. Zwischenzeitlich habe ich auch als Fräser gearbeitet und war in den letzten sieben Jahren der DDR im selben Institut wie Kollege Dorbritz tätig, im Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften. Nach der Abwicklung war ich einer von denen, die in das Wissenschaftlerintegrationsprogramm gekommen sind, das bekanntermaßen zu Ende gegangen ist. Seitdem habe ich viel Arbeit, werde aber seit dem 1. Januar vom Arbeitsamt unterstützt. Sie sehen, ich fühle mich erst einmal nicht als Verlierer und hoffe, daß ich als 50jähriger natürlich auch noch einmal Fuß fasse und in der Wissenschaft weiterarbeiten kann.

Weil hier die Scheidungen angesprochen worden sind, möchte ich betonen, daß Scheidungen bei meiner Kohorte relativ selten vorkamen. Ich bin seit 26 Jahren mit der gleichen Frau verheiratet. Wir haben für DDR-Verhältnisse relativ spät ein Kind bekommen, es ist eine Tochter. Sie ist jetzt 22 Jahre alt und studiert.

Ich möchte noch zwei Vorbemerkungen zum Beitrag machen. Es handelt sich um die Ergänzung des Ihnen vorliegenden Kurzbeitrages, in dem 5 Tabellen (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 5) enthalten sind, auf die ich mich inhaltlich beziehe. Zweitens fange ich, da zu solch relativ späten Stunde mitunter die Konzentration nachläßt, mit der Zusammenfassung an:

Erstens: Die älteren Mitbürger sind die Gewinner der Einheit. Nachdem wir so viel über Verlierer gesprochen haben, möchte ich die Gewinner herausheben. Vielleicht gehört es zu den Kuriositäten der deutschen Vereinigung, daß die Aufbaugeneration der DDR, die wahrhaftig nicht zu den Wegbereitern und Aktivisten der Wende gehört hat, in den Genuß einer sozial gesicherten Zukunft, auch in den Genuß einer gesicherten Zukunft durch den ehemaligen Klassenfeind kommt.

Zweitens: Die älteren Menschen haben in der DDR nicht besser als heute gelebt, sich aber sozial sicherer gefühlt.

Drittens: Es wird auf Jahre hinaus zwei deutsche Alter geben.

Viertens: Die ostdeutschen Altersrentnerinnen und Rentner sind, sowie auch ihre Pendants in den alten Bundesländern, gegenüber nachfolgenden Generationen privilegiert. Aufgrund der Vollbeschäftigung, die keine nachfolgende Generation mehr auf absehbare Zeit kennenlernen wird, und der höheren Erwerbsbeteiligung in der DDR, sind Einkommensniveau und Lebensstandard relativ hoch. Die künftigen ostdeutschen Rentner werden ein solches Niveau der objektiven Lebensbedingungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen. Wahrscheinlicher sind neue und stärker differenzierte soziale Ungleichheiten, wovon vor allen Dingen Frauen betroffen sein werden.

Zur Lebenssituation: Die Entberuflichung des Alters in allen westeuropäischen Staaten offenbart sich in einem kontinuierlichen Rückgang der Alterserwerbsquote. Eine stetige Vorverlegung des durchschnittlichen Erwerbsaustrittsalters fand in der DDR nicht statt. Der Einbruch kam erst mit dem Zusammenbruch der sogenannten sozialistischen Staaten sowie nach der Währungs- und Wirtschaftsunion. Für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern – als ältere Menschen zähle ich Menschen 55 Jahre, aufgrund der Vorruhestandsregelungen – sind Arbeitslosigkeit und Frühverrentung neue soziale Erfahrungen, die sie, angesichts der zentralen Stellung, die die Erwerbstätigkeit im Leben der DDR-Bürger eingenommen hatte, vor tiefgreifende Probleme stellt und Unzufriedenheiten mit sich gebracht haben. Arbeit war in der DDR mehr als lediglich ein Mittel zum Gelderwerb. Hier spielten bei älteren Menschen auch die sehr niedrigen Renten eine größere Rolle. 1989 waren in den ersten 5 Jahren nach dem Eintritt in das Rentenalters fast 30 % der Frauen und 23 % der

Männer, eine Altersgruppe von 60 bis 65 Jahren, noch erwerbstätig. Dieser Anteil war bedeutend höher als in den alten Bundesländern. 1994 betrug dort die Erwerbsquote der 60- bis 64-jährigen Männer nur rund 15 %, bei den Frauen sogar nur noch 3 %.

Ich komme jetzt zum Bereich der Erwerbstätigkeit. Ein unmittelbares Resultat des gesellschaftlichen Transformationsprozesses sind die „Vorruheständler", die als neues Element die ostdeutsche Sozialstruktur erweiterten. 1992/1993 waren fast 6 % der Bevölkerung in den neuen Bundesländern „Vorruheständler". Ich glaube, das gibt es in keinem Land der Erde.

Aus der Sicht der Betroffenen, also hinsichtlich der subjektiven Reflexion dieses Prozesses, liegt das eigentliche Problem des Vorruhestands in Ostdeutschland darin, daß der Vorruhestand nicht das Ergebnis einer freiwilligen eigenständigen Entscheidung zur Beendigung der Erwerbstätigkeit ist oder war, sondern das Resultat äußerer, vom Einzelnen nicht beeinflußbarer Entscheidungen und Zwänge. Die hohe Unzufriedenheit, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. aufgrund fehlender Möglichkeiten weiterer Erwerbstätigkeit bei den jüngeren Alten resultiert, ist mit tradierten Lebensgewohnheiten, anderen Sozialerfahrungen und einer Lebensplanung zu erklären, in der Arbeitslosigkeit faktisch nicht vorkam.

Ich komme jetzt zum Bereich des Einkommens. Über die Renten wurde heute schon einiges ausgeführt, so daß ich hierzu nicht mehr viel ergänzen möchte. Im Dezember 1996 haben die ostdeutschen Rentner fast 90 % der westdeutschen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen. Die Frauen haben 133 % erhalten. Die relativen hohen Ostrenten resultieren daraus, daß die Männer in der DDR grundsätzlich erst mit 65 Jahren eine Rente beanspruchen konnten. Die Männer hatten somit eine längere Erwerbsbiographie aufzuweisen, und die Frauen waren langjährig erwerbstätig. Damit keine falschen Auffassungen entstehen, wie man sie in den Medien findet, muß man fairerweise folgendes hinzufügen: Wenn man identische Erwerbsbiographien in Ost und West zugrundelegt, beträgt die Ostrente tatsächlich 82 % der Westrente.

Anmerkenswert ist, und hierin liegt die Besonderheit, wenn ich über Einkommen spreche, daß die Alterssicherung in Ostdeutschland nahezu ausschließlich auf der gesetzlichen Rentenversicherung basiert. Betriebliche Altersversorgungssysteme oder berufsständige Versorgungswerke spielten in der DDR nur eine unbedeutende bzw. überhaupt keine Rolle. Die Möglichkeit einer Eigenvorsorge im Sinne von privaten Rentenversicherungen oder renditeträchtigen Kapitalanlagen, der Erwerb von Eigentumswohnungen, die ich weitervermieten kann und ähnliches, all das gab es in der DDR nicht.

Diese Tatsache findet auch ihren Niederschlag in unterschiedlich niedrigen Geldvermögensbeständen in Ost- und Westdeutschland. Rentner- und Pensionärshaushalte in Ostdeutschland verfügten in der Regel nur über Spareinlagen. Das waren im Durchschnitt 11.400 DM für Frauen über 60 Jahre und für Männer ab 65 Jahren. Daraus wurden nach der Währungsunion 8.700 DM.

Es wird deutlich, daß ältere Menschen sich heute in einer relativ guten finanziellen Lage im Vergleich zu DDR-Zeiten befinden. Wenn sie aber pflegebedürftig werden, wenn sie z. B. in ein Heim müssen, werden sie langfristig nicht mit diesem Geld auskommen. Das bedeutet, daß binnen Jahresfrist 80-90 % der Rentner Sozialhilfeempfänger werden würden. Abgesehen davon wird die jetzige Lebenslage von den Rentnern mehrheitlich als positiv empfunden.

Diese Entwicklung und die Erfahrung – die in Statistiken nicht erfaßt wird –, daß das verfügbare Einkommen gestiegen und stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten, findet seinen Niederschlag in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Diese wurde repräsentativ für die ostdeutschen Länder und Berlin-Ost 1996 von 58 % der über 60jährigen mit „gut" und „sehr gut" und von 37 % mit „teils gut", „teils schlecht" und von lediglich 4 % mit „schlecht", „sehr schlecht" bewertet. Wenn man diese Bewertung von 1992 bis 1995 unter der Fragestellung analysiert: „Ermöglicht Ihr monatliches Einkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?" kommt man zu dem folgenden Ergebnis: Die positive Beantwortung dieser Frage stieg ohne Einschränkung von 25 auf 55 %. Ich denke, das sind eindeutige Aussagen.

Ich möchte noch einiges zu den Wohnbedingungen sagen. Zum Erbe der DDR gehörte ein Wohnbestand, dessen Qualität im Volksmund in Abwandlung des Textes der Nationalhymne bereits Jahre vor dem Herbst 1989 folgendermaßen persifliert wurde: „Einverstanden mit Ruinen und der Zukunft zugewandt". 1989 hatten 18 % der Wohnungen kein Bad und keine Dusche, 24 % keine Innentoilette, 30 % verfügten über keine moderne Heizung, was für ältere Menschen vielleicht noch bedeutsamer ist, und 84 % hatten kein Telefon, bei beträchtlichen territorialen Unterschieden.

Insbesondere für die älteren Menschen ist es eine neue soziale Erfahrung, daß sie, wenn sie ein Telefon beantragen, es auch bekommen. Inzwischen verfügen über 80 % aller Rentnerhaushalte über ein Telefon. Nach Berechnungen der Telekom hätte die DDR-Post für diese Leistung 72 Jahre gebraucht. Meine Generation hätte diese Entwicklung schon nicht mehr erlebt.

Ich komme jetzt zur medizinischen und sozialen Betreuung. Es wurde ein neues Gesundheits- und Versorgungssystem installiert, wobei weniger der Maßstab der Modernisierung als das im Westen übliche Besitzstandsdenken angelegt worden ist. Diesen Seitenhieb muß ich einfach mal machen. In den USA werden die Polikliniken als Modell der Zukunft gepriesen, und in Frankreich existieren sie auch und arbeiten mit schwarzen Zahlen, mit Gewinnen. In Ostdeutschland dagegen sollten sie plötzlich nicht mehr effektiv sein. Zumal es für ältere Bürger sehr bedeutsam war, daß dort alle Fachdisziplinen unter einem Dach vorhanden waren. Ich konnte mir natürlich auch in der Poliklinik den Arzt meines Vertrauens aussuchen. Das am Rande. Die für die DDR typischen Versorgungsdefizite bei bestimmten Medikamenten und Verbrauchsmaterialien gehören der Vergangenheit an. Der Nachholbedarf entsprechend medizinischer Standards und Technik wurde zu großen Teilen beseitigt. Die

ambulante Grundbetreuung hat sich offensichtlich durch die Umstrukturierung des Betreuungssystems nicht verschlechtert, und die stationäre Betreuung hat sich verbessert. Auf normale Operationen, also die nicht akut oder lebensbedrohlich waren, wie Gallenblasenoperationen oder ähnliches, mußten sie in Berlin und in Bezirksstädten bis zu einem halben Jahr warten, wobei dabei noch berufs- oder erwerbstätige Personen bevorzugt worden sind.

Zur subjektiven Reflexion des Systemwandels läßt sich folgendes anmerken: Die älteren Menschen sind mit ihrem Leben zufrieden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit als Gesamtreflexion sozialer, individueller und familiärer Lebensverhältnisse stieg im Osten in den vergangenen Jahren an. Der Anteil derjenigen älteren Ostdeutschen, die alles in allem mit ihrem Leben zufrieden waren, erhöhte sich von 45 % 1990 auf 65 % 1996. Der Anteil der Lebensunzufriedenen ging im selben Zeitraum von 11 % auf 6 % zurück. Diese Entwicklung schließt allerdings nicht aus, daß die allgemeine Zufriedenheit durchaus mit Unzufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen einhergehen kann. Die Tabelle 5 zeigt die Gegenüberstellung des Zufriedenheitsvergleiches nach einzelnen Lebensbereichen (60 Jahre und älter) 1990 und 1996. Interessant ist eigentlich die Zeit 1992 bis 1996. 1992 hatte sich, nach der Zeit der Versprechungen durch Politiker und dem Verlust vermeintlicher oder tatsächlicher „Errungenschaften“, das Leben normalisiert, so daß sie in etwa eine Vorstellung darüber hatten, was sie in der neuen anderen Republik erwartet. Von 1992 bis 1996 hat sich zumindest einiges verändert.

Nach Sorgen und Ängsten befragt, dominieren bei den über 60jährigen Menschen die Ängste vor Arbeitslosigkeit. Sie machen sich hier nicht nur Gedanken um die eigene Zukunft, sondern auch um die Zukunft der Kinder und Enkelkinder sowie anderer Gesellschaftsmitglieder. Gewalt und Kriminalität, Sozialabbau, die wirtschaftliche und politische Gesamtsituation liegen in der Größenordnung von 80 % bis 50 %. Das Interessante hierbei ist, daß diese Sorgen und Ängste vor privaten Sachverhalten rangieren, die erst bei 50 % ansetzen. Sorgen über die eigene Gesundheit, Sorgen, auf fremde Hilfe angewiesen sein zu müssen, machen nur 48 % aus. Ängste, ins soziale Abseits zu geraten, um die eigenen finanziellen Verhältnisse oder um Wohnprobleme, haben nur 15 % der älteren Menschen.

Diese empfundene gesellschaftliche Gesamtsituation, auch die Tendenz der Veränderung, läßt spezifische Hoffnungen und Befürchtungen aufkommen. Annähernd 20 % der über 60jährigen Menschen haben vor allem Hoffnungen. Hier ging die Zahl von 1992 um 8 % zurück. 30 % der über 60jährigen Menschen haben vor allem Befürchtungen. 1992 waren es 42 %, die noch Befürchtungen haben und etwa 45 %, die sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen haben. Hier zeigt sich, daß sich für die älteren Bundesbürger der neuen Bundesländer, aufgrund der eigenen sozialen Erfahrungen mit dem ehemals anderen deutschen Staat, in dem neuen Netz sozialer Sicherungen und sozialer Sicherheit, die Hoffnungen und Befürchtungen relativieren, wobei die älteren Menschen mit zunehmendem Alter eine etwas positivere Sichtweise haben.

Ich möchte noch einmal auf die Vorruheständler zurückkommen. Die Zukunft ist für Vorruheständler, Rentnerinnen und Rentner, bei allen psychischen und emotionalen Problemen, die sie haben – das spiegelt sich in den relativ hohen Zufriedenheitsbewertungen wieder –, berechenbarer als jene, die nicht wissen, wie es künftig weitergehen soll. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Dr. Schwitzer. Wir gehen gleich zum nächsten Thema über: Die Lebenssituation Behinderter.

Wenn man an die DDR-Zeiten zurückdenkt, wir haben das vorhin auch kurz im Gespräch mit dem Sächsischen Sozialminister thematisiert, dann erinnern wir uns an die Tatsache, daß es überwiegend kirchliche Einrichtungen gewesen sind, die sich überhaupt um Behinderte gekümmert haben. Hätte es nicht die Gelder aus dem Westen, z. B. aus dem Diakonischen Werk gegeben, dann hätte es sicherlich noch sehr viel schlimmer mit Gebäuden, mit langen Mittelgängen und mit überbelegten Räumen und mit einem sehr schlechten Standard ausgesehen. Inzwischen haben wir eine neue Situation.

Es sind nun nicht mehr nur die kirchlichen Einrichtungen, die sich darum kümmern, nach wie vor aber auch die kirchlichen Einrichtungen. Herr Habermann, Sie kommen aus einer solchen Einrichtung, und wir werden jetzt von Ihnen hören, wie sich im Transformationsprozeß die Situation der Behinderteneinrichtungen entwickelt hat. Es wäre auch interessant zu erfahren, wie die Behinderten selbst die neue Situation sehen. Wichtig ist es, die Betroffenen nach ihren Hoffnungen und Befürchtungen zu befragen.

Karl Habermann: Danke, Herr Poppe. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte, wie auch die anderen Vortragenden, erst einmal ein paar Angaben zu meiner Person machen. Ich bin 46 Jahre, von Beruf Diplom-Ingenieur und Sozialpädagoge. Ich war bis zur Wende pädagogischer Mitarbeiter einer Betriebsakademie und bin seit 1990 in der evangelischen Stadtmission Halle tätig. Die Behinderteneinrichtung „Haus Rungholt“, von der ich komme, ist eine 70 Jahre alte, zur Evangelischen Stadtmission Halle gehörende Einrichtung im Saalkreis im Bundesland Sachsen-Anhalt.

Ich bin seit 1990 Leiter dieser Einrichtung. 126 geistig behinderte Menschen wohnen in unseren Wohnheimbereichen. 140 behinderte Mitarbeiter arbeiten in unserer WfB, der Werkstatt der Behinderten. 90 Mitarbeiter, Heil- und Sozialpädagogen, Krankenschwestern, Erzieher sowie Facharbeiter und Meister stehen für die Betreuung in den Wohnheim- und Arbeitsbereichen zur Verfügung. Diese Fakten sollen zur Kurzbeschreibung erst einmal genügen. Es ist daraus zu erkennen, daß sich die folgenden Ausführungen ausschließlich auf geistig behinderte Menschen beziehen und somit die gesamte Breite von schwerbehinderten Menschen, also Körperbehinderte mit angeborener oder durch Krankheit und Unfall erworbener Behinderung, Blinde- und Sehbehinderte, psychisch Kranke oder chronisch psychisch Behinderte, um nur einige zu benennen, nicht erfaßt werden kann. Bemerkt sei noch, daß statistisch 5 %

der Bevölkerung, ungeachtet der medizinischen Entwicklung, geistig behindert ist.

Wie sah die Behindertenarbeit in der ehemaligen DDR aus? Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß gesetzliche Instrumentarien wie es das Bundessozialhilfegesetz, das Schwerbehindertengesetz, das Heimgesetz mit der Heimmindestbauverordnung u. a. darstellen, in der ehemaligen DDR nicht vorhanden waren.

Es existierten allerdings in den Industriebetrieben sogenannte geschützte Betriebsabteilungen. Tagesstätten des Gesundheitswesens und sogenannte Pflichtarbeitsplätze für Rehabilitanden standen vor allem familiengebundenen behinderten Menschen zur Verfügung. Die Tendenz, sich von einem behinderten Kind zu trennen und in ein Heim zu geben, war stark verbreitet. So wurde die Behindertenarbeit, die Betreuung in den Heimen, vorrangig von den Kirchen getragen. Der Anteil der Heimbewohner ohne Familienbindung liegt in unserer Einrichtung beispielsweise bei 90 %.

Unsere Heimbewohner lebten und leben noch in Mehrbettzimmern bis zu 8 Bewohner in einem Zimmer. Die staatliche Vorgabe zu DDR-Zeiten von 9 qm je Heimbewohner wurde nicht eingefordert.

Es herrschte ein chronischer Mangel an Heimplätzen und somit eine ständige Überbelegung. Investitionen, wie Erweiterungen oder Neubauten und finanzielle Mittel für die Modernisierung der vorhandenen Ausstattungen blieben so gut wie aus, da das Gesundheitswesen, zu denen Behinderteneinrichtungen zugeordnet waren, an 9. Stelle in der sogenannten volkswirtschaftlich wichtigen Rangfolge gesetzt waren.

Arbeits- und Beschäftigungstherapie und Freizeitangebote im bescheidenen Rahmen bestimmten den Alltag der behinderten Menschen.

Einsatzbereitschaft, ständiges Einsetzen in der Öffentlichkeit für die behinderten Menschen, aber auch Beziehungen zu staatlichen Stellen ermöglichten die eine oder andere Ausnahme. Große Unterstützung erfuhr unser Haus durch ehrenamtliche kirchliche Jugendgruppen, z. B. bei Arbeitseinsätzen, aber auch finanzielle Zuwendungen der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Die Grundfinanzierung erfolgte über Tagessätze pro Behinderten und wurde einrichtungsspezifisch mit dem zuständigen Rat des Kreises ausgehandelt. 1990 lag er bei uns bei 18,50 DM je Heimbewohner.

Mit dem Vollzug der deutschen Einheit begannen auch in unserer Einrichtung Sonderförderprogramme wie „Aufschwung Ost“ oder „Zuwendungen aus dem Parteienvermögen“ zu greifen.

Vor allem an der Bausubstanz konnte der Verfall gestoppt und Sanierungen vorgenommen werden. So u. a. Umstellung der Braunkohleheizungen auf Ölheizungen, Wärmedämmungen, neue Fenster und Dacheindeckungen sowie

Fassadenerneuerungen. Aber auch bezüglich der Innenausstattungen und Sanitäranlagen konnten sicht- und spürbare Veränderungen vorgenommen werden.

Der gesetzliche Rahmen, der durch das Bundessozialhilfegesetz, das Schwerbehindertengesetz, das Heimgesetz und die Baumindestverordnung für Heime und durch die Heimmitwirkungsverordnung gegeben war, ermöglichte in unseren Heimbereichen, die Behindertenarbeit auf ein wesentlich höheres Niveau zu heben. Die Regelfinanzierung war über pauschalisierte Tagessätze bzw. Entgelte durch den überörtlichen Kostenträger, bei uns das Amt für Versorgung und Soziales, gesichert.

Gezielte personenorientierte Förderung nach Programmen und die Einschätzung der erreichten Ziele in Entwicklungsberichten ermöglichten einen hohen Förderungsgrad der uns anvertrauten behinderten Menschen.

Unsere Heimbewohner sind im Regelfall Bezieher von Erwerbslosenrente, die für die Heimunterbringung herangezogen wird. Die Differenz zu den Unterbringungs- bzw. Heimkosten trägt die Sozialhilfe. Somit sind unsere Heimbewohner durchgängig Sozialhilfeempfänger mit den entsprechenden Ansprüchen wie Barbetrag/Taschengeld, Bekleidungsbeihilfe u.ä.

Durch die konkreten, jetzt gültigen gesetzlichen Vorgaben, z. B. beim Wohnen in Heimen (Mind. BauVO), gelten folgende Werte:

– Wohn- und Schlaffläche für eine Person 12 qm

– Wohn- und Schlaffläche für zwei Personen 18 qm

– Wohnplätze für mehr als zwei Personen sind die Ausnahme.

Die Unzulässigkeit von Wohnplätzen für mehr als 4 Personen war der Grund für die Beantragung eines Wohnheimneubaus mit 60 Plätzen zur Entflechtung der Belegung.

Wir hoffen noch in diesem Jahr, das sich jetzt im Bau befindliche Wohnheim beziehen zu können.

Aber auch Vorgaben zur Qualifikation des Personals sicherten Qualität und neu erreichte Standards in der Behindertenarbeit. Die gewählten Heimbeiräte sichern das Mitbestimmungsrecht der Heimbewohner. Soweit die Ausführungen zur veränderten Lebenswirklichkeit für geistig behinderte Menschen und deren Lebens- bzw. Wohnverhältnisse.

Nun komme ich zum Gebiet der Arbeit. Mit der Zuordnung bzw. Angliederung der Werkstatt für Behinderte betraten wir, wie viele andere Einrichtungen im Osten, Neuland.

Für wen und welchen Personenkreis war die WfB gedacht? Der Gesetzgeber sagt dazu: „Die Werkstatt soll allen Behinderten – unabhängig von Art oder

Schwere der Behinderung – offen stehen, sofern sie in der Lage sind, ein Mindestmaß an wirtschaftlich vertretbarer Arbeitsleistung zu erbringen."

In den Werkstätten arbeiten Menschen mit geistiger, körperlicher, seelischer oder Mehrfach-Behinderungen. Eine anerkannte Werkstatt ist verpflichtet, die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter zu fördern. Dazu sind ein möglichst breites Angebot an Arbeitsplätzen, Arbeitstraining sowie die Begleitung durch Dienste zur pädagogischen, sozialen und medizinischen Betreuung der WfB-Mitarbeiter notwendig.

Sachsen-Anhalt verfügt über ein flächendeckendes Netz von 33 Hauptwerkstätten für Behinderte. Innerhalb von vier Jahren erhöhte sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Werkstattplätze von 1.700 auf fast 5.000 Plätze.

Voraussichtlich 6.000 Werkstattplätze sind vorgesehen. Der Bund, die Bundesanstalt für Arbeit und das Land beteiligen sich an der Finanzierung neuer Plätze. Der Arbeitsbereich der Werkstätten selbst wird vom Land Sachsen-Anhalt über die Pflegesätze finanziert.

1993 begannen wir mit dieser Arbeit. Äußerst schwierig war es, auf dem desolaten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und entsprechende Aufträge für unsere Behinderten in der Werkstatt zu erhalten. So erkannten auch Firmen die gesetzliche Möglichkeit, daß bei Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte, die Möglichkeit der Anrechnung auf die Ausgleichsabgabe besteht (bei mind. 16 Arbeitsplätzen müssen 6 % der Arbeitsplätze für Behinderte ausgewiesen sein, ansonsten muß eine Abgabe gezahlt werden).

Gegenwärtig sind in unseren Werkstattbereichen 140 geistig behinderte Menschen beschäftigt. Davon sind 113 in Wohnheimen in unserer WfB untergebracht. 27 beschäftigte Behinderte wohnen in Familien. Diese eben benannten Behinderten waren vor der Wende ausnahmslos in Betrieben des Landkreises beschäftigt. Sie sind jetzt durch das Arbeitsamt nicht vermittelbar und somit unserer Werkstatt zugeordnet worden. Positiv ist zu bewerten, daß wir Anfang dieses Jahres in Zusammenarbeit mit einer Firma eine eigene geschützte Abteilung für 8 unserer Behinderten einrichten konnten.

Anfänglich auf Skepsis beruhende, doch dann langsam aufgebaute gute Kooperationsbeziehungen zu den Firmen bzw. Auftraggebern, sichern jetzt eine durchgängige Beschäftigung der behinderten Mitarbeiter, aber auch eine leistungsgerechte Anerkennung in Form eines monatlichen Entgeltes.

Folgende Arbeitsbereiche stehen in unserer Werkstatt zur Zeit zur Verfügung: Elektromontage, Leichtmontage, Metallbearbeitung, Verpackung und Sortierung, Floristik, Großküche, Wäscherei, Landschaftspflege, Recycling von Elektronik und Elektrogeräten.

Werkstattverträge zwischen der Einrichtung und den behinderten Mitarbeitern, aber auch die Mitwirkung in Werkstattbeiräten, sichern die Gleichbehandlung. Zu bemerken wäre, daß wir einer Genossenschaft für Werkstätten in Nieder-

sachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt angehören. Diese ermöglicht uns die sachgerechte Entsorgung von Fernsehapparaten und Kühlgeräten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß wesentliche Schritte von der Verwahrung zur Selbstbestimmung geistig behinderter Menschen getan werden konnten, die erheblicher Beachtung bedürfen. Dennoch sind wir noch weit von Chancengleichheit, von Gleichberechtigung von behinderten Menschen entfernt.

Bevor wir uns als Behinderteneinrichtung in den neuen Ländern angemessen entwickeln konnten, unterliegen wir jetzt dem Druck rückläufiger Finanzen.

Der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat hat im Juli 1996 das Gesetz zur Reform des Sozialhilferechts verabschiedet. Der größte Teil dieses Gesetzes ist zum 1. August 1996 in Kraft getreten. Darunter auch die Regelung in § 93 Abs. 6 des BSHG.

Danach dürfen die am 18. Juli 1995 vereinbarten Kostensätze – bezogen auf das Jahr 1995 beginnend mit dem 1. April 1996 – in den Jahren 1996, 1997 und 1998 jährlich nicht höher steigen als 2 % im Beitrittsgebiet und 1 % im übrigen Bundesgebiet.

Im Gegensatz zu den Einrichtungen in Westdeutschland ist die Basis leistungsgerechter Kosten bzw. Entgelte in weiten Bereichen bei uns noch nicht entwickelt. Pauschalisierte bzw. Abschlagsentgelte waren über die ersten Jahre Basis der Finanzierung von Behinderteneinrichtungen.

Die Deckungsregelung wird dazu führen, daß der jetzt angebotene Standard nicht mehr vollständig gehalten werden kann. Wir werden als Einrichtung mit Personalabbau und Einschränkungen der Hilfequalität reagieren müssen, und es wird zwangsläufig zu einem begrenzten Rückgang des bisher erfreulich erreichten Hilfestandards kommen. Unser Wohlfahrtsverband, das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Deutschland, hat bereits Ende November 1996 in einem Schreiben auf die Einrichtungsfinanzierung in Ostdeutschland nach dem neuen § 93 Abs. 6 hingewiesen. Diesen Hinweis möchte ich nicht zitieren, nur den letzten Satz: „Wir regen an, daß der Gesetzgeber seine Entscheidung von 23.7.1996 in einer angemessenen Weise korrigiert." Die abschließende Bitte geht vor allem an die hier Anwesenden des Bundestages.

Nutzen Sie Ihren politischen Einfluß, um die bisher aufgebaute Versorgungsqualität im Bereich der Behindertenhilfe in den neuen Ländern nicht nachhaltig zu gefährden. In einer Zeit der Sparideen fehlt es in unserem Land an Gespür für Schwache und Hilfsbedürftige. So lange wir nicht direkt betroffen sind, versuchen wir Mitgefühl auszuschließen. Ich versuche hier, für die uns anvertrauten behinderten Menschen zu sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe versucht, die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die Lebenswirklichkeit geistig behinderter Menschen darzustellen. Trotz weitaus besserer Rahmenbedingungen ist die Grundsituation von behinderten Menschen vor und nach der Wende gleich geblieben. Es fehlt an gesellschaftlicher Akzeptanz, an gesellschaftlichem Verständnis, an

aktiver Teilnahme von Behinderten am gesellschaftlichen Leben, z. B. Zugang zu normalen Bildungseinrichtungen, zum allgemeinen Arbeitsmarkt, zum integrierten Wohnen in der Gemeinde und vieles mehr. Der behinderte Mensch darf nicht zum Objekt von Wohltätigkeit, Almosen und Fürsorge werden. Unterstützung von Selbsthilfe und Begleitung sollte Anliegen der ganzen Gesellschaft sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Habermann. Wir kommen jetzt zum vierten Kurzvortrag. Ich mußte lernen, daß es „Wanderungsbewegung“ heißt und nicht etwa „Wanderbewegung“, über die jetzt zu reden ist.

Ich habe in Japan einen ostdeutschen Spezialisten erlebt, der dort in einer Fabrik für Roboter arbeitet und in Malaysia einen Mittelständler aus Ostdeutschland sowie in Bosnien und Afghanistan Leute, die in deutschen Hilfsorganisationen tätig waren und auch aus der ehemaligen DDR stammten. Als einen wesentlichen Aspekt muß man daher zunächst hervorheben, daß die Mobilität von jungen Menschen eigentlich etwas sehr gutes ist. Auf der anderen Seite entstehen große regionale Probleme aufgrund der Abwanderung junger Menschen mit nicht absehbaren Folgen. Die Frage, die uns hierbei interessiert ist: Wird Mecklenburg-Vorpommern so eine Art Mezzogiorno werden? Wie sind diese Wanderungsbewegungen zu interpretieren, Herr Professor Ronge? Auch gerade im Hinblick, wenn man sie auf ihre sozialen Dimensionen, auf die regionalen Unterschiede hin sowie auf die mögliche zukünftige Bedeutung dieser aktuellen Situation untersucht?

Prof. Dr. Volker Ronge: Vielen Dank. Vielleicht sollte ich zunächst klarmachen, daß ich nicht über Auswanderungen aus Deutschland in die weite Welt spreche, weder über zeitlich befristete, noch über dauernde, obwohl das ein hochinteressantes Thema wäre. Im Zusammenhang mit der Globalisierungsentwicklung, der Standortentwicklung usw. können wir nämlich feststellen, daß wir einen sprunghaften Anstieg von echten Auswanderungen seit letztem Jahr zu verzeichnen haben. Das ist im Wanderungskontext eines der bemerkenswertesten Daten, das ich überhaupt kenne, und das in der Öffentlichkeit überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden sind. Da passiert etwas, was man als die Rückkehr Deutschlands zu dem bezeichnen könnte, was es seit dem 18. Jahrhundert in etwa gewesen ist, nämlich eher ein Auswanderungsland als ein Einwanderungsland. Das ist aber ein Thema, das hier nicht hingehört, aber das für mich ziemlich spannend ist. In dem Zusammenhang nur eine biographische Nebennotiz:

Daß ich hier sitze, hängt in der Hauptsache damit zusammen, daß ich vor der Wiedervereinigung, jedenfalls eine zeitlang, so etwas ähnliches wie ein Monopolist für Wanderungsbewegungen zwischen den beiden deutschen Staaten gewesen bin. Aus der Zeit stammt meine Beziehung gerade zu dieser hier einschlägigen Wanderung. Mit der Wiedervereinigung, das wollte ich biographisch nur hinzufügen, habe ich mich schlagartig aus jedem Typus der post-DDR-Forschung zurückgezogen. Dies habe ich aus dem Grunde gemacht, weil

die Gesamtschar der westlichen Soziologen und Politologen anfingen, die DDR zu kolonialisieren, und dazu hatte ich keine Lust mehr, weil ich glaubte, etwas mehr davon zu verstehen. Seitdem berate ich die russische Regierung in der Reform der Sozialpolitik. Das ist unter Ost-West-Gesichtspunkten interessanter.

Ich kann an meine eigene Übersiedlervorgeschichte sehr gut anknüpfen. Die Wiedervereinigung bedeutet ja in der Hauptsache, migrationssoziologisch, demographisch gesehen, den Wechsel von einer grenzüberschreitenden Wanderung zu einer Binnenmigration. Ein solcher Themenwechsel hat zwei wesentliche Effekte. Der erste Effekt ist, sie wird dadurch wesentlich uninteressanter. Wer beschäftigt sich schon mit Umzügen? Wofür soll das gut sein, und vor allen Dingen im politischen Bereich von großem Interesse sein? Der zweite Effekt besteht darin, daß die Wanderungsbewegung jetzt vorwiegend ökonomisch zu interpretieren ist. Die klassischen Theorien zu einer Migration sind ohnehin in der Hauptsache ökonomische Theorien. Sie hängen alle mit der Überlegung eines Ausgleichs von Faktor-Ungleichgewichten zusammen, wie ein Ökonom das nennen würde. Entwicklungsstände in unterschiedlichen Regionen, Ländern usw. tendieren dazu, ausgeglichen zu werden. In dem Zusammenhang wandern – kategorial gesehen – Produktionsfaktoren. Arbeit ist dabei einer der wesentlichen Produktionsfaktoren. Die Mobilität des Faktors Arbeit ist, ökonomisch gesehen, immer etwas geringer als die Mobilität der anderen Faktoren, beispielsweise des Finanzkapitals oder des produktiven Kapitals. Aber es passiert dort eben auch ein derartiger Wanderungsausgleich, den wir in vielen größeren Regionen gut verfolgen können. Dieses Phänomen kennt man in der EG, in der EU genauso, wie in Südostasien oder im mittelamerikanischen Raum. Mit dem Übergang von der Vorwiedervereinigungszeit in die Post-Wiedervereinigungszeit verändern sich also auch die analytischen Kategorien, mit denen die Migration zu betrachten ist. Darauf will ich aber nicht weiter eingehen, sondern sehr schnell in diesem Zusammenhang in die wesentlichen Daten springen.

Ich habe aus mehreren Tabellen (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 6) die wesentliche Message für Sie kopieren lassen, anknüpfend an die alte Fragestellung „Wanderungsbewegungen aus der ehemaligen DDR oder den neuen Bundesländern in die Altbundesrepublik“. Sie können an dieser Graphik erkennen, wie die wesentliche Tendenz aussieht. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß wir unmittelbar nach der Wiedervereinigung eine starke Abwanderung aus der DDR in den Westen hatten, ohne Ausgleich durch Wanderungen vom Westen in die DDR. Aus dieser Situation sind wir jetzt mit einer eindeutigen Tendenz herausgewachsen. Die Transformationsperiode ist jetzt in etwa so weit entwickelt, daß wir eine ausgeglichene Situation haben. In dem Papier von Herrn Dorbritz stand eine Bemerkung über Wanderungen. Er muß das alles besser und schneller wissen, weil er im richtigen Amt dafür ist. Dort kann man erkennen, daß die Zahlen für 1995 bereits einen positiven Saldo zeigen. Die Kurve können Sie einfach um 1 Jahr nach rechts verlängern, dann ist der Ne-

gativsaldo gänzlich weg. Das ist in dem Zusammenhang zunächst einmal die wesentliche Message.

Man kann den Saldo nach beiden Seiten hin betrachten; wir haben ihn völlig parallel laufen: Auf der einen Seite immer geringere Abwanderungen aus der „DDR“ und auf der anderen Seite tendenziell, ohne Schwankungen, steigende Zuwanderungen aus dem Westen in den Osten Deutschlands. Man sollte vielleicht eines noch hinzufügen: es handelt sich hierbei immer um Jahreszahlen. Es gibt jedoch auch so etwas wie eine kumulierte Berechnung. Der kumulierte Wanderungsverlust aus Ostdeutschland in den Westen steht im Raum. Er würde nur dann kompensiert, wenn die Kurve jetzt auch im positiven Bereich weiter steigen würde, was zunächst nicht nahe liegt. Man kann also sagen, daß der kumulierte Wanderungsverlust weiter mitgeschleppt wird.

Die zweite Fragestellung bezieht sich dann, migrationssoziologisch völlig begründet, auf eine Differenzierung innerhalb dieser beiden großen Entwicklungs-Blöcke. Diese Sicht greift um so mehr, als wir den Übergang zu einer Binnenmigrationssituation haben. Hierfür spielt die ehemalige Grenze zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften natürlich überhaupt keine Rolle mehr. Das heißt, die eigentlichen Gegenstände der Forschung für Migration, die eigentlichen Bezugspunkte für Wanderungen, können dann nicht die ehemalige DDR und der ehemalige Westen sein, sondern das Ganze muß weit tiefer differenziert werden. Es muß genau genommen, jedenfalls dann, wenn man eine ökonomische Interpretation für Wanderungen ins Auge faßt, auch von den administrativen Zuschnitten weggehen. Das heißt, es muß insbesondere um wirtschaftlich definierte Regionen gehen. Informationen darüber zu bekommen, ist jedoch ziemlich schwer. Es ist deshalb schwer, weil man zuvor eine halbwegs plausible Vorstellung des Zuschnitts von Regionen haben müßte. Alles, was ich gleich an Differenzierung hervorhebe, und was statistisch auf Bundesländerbasis fußt, ist eigentlich nicht das, was man migrationssoziologisch bräuchte. Man bräuchte regionale Daten. Gleichwohl besitzen wir wenigstens die Differenzierung nach Ländern.

Die Differenzierung sieht folgendermaßen aus: Nehmen wir einmal die gesamtwirtschaftlichen Daten des Statistischen Bundesamtes, auf denen ich auch die andere Tabelle aufgebaut habe. Man erkennt, daß das erste östliche Bundesland, das einen positiven Wanderungssaldo aufweist, Brandenburg ist. Der Grund dafür liegt in der Umlandssituation zu Berlin. Natürlich ist die Umlandssituation von Berlin ein starker Attraktionsfaktor. Alle anderen östlichen bzw. neuen Bundesländer haben nach dieser Berechnung bis 1994 noch einen leichten negativen Wanderungssaldo.

Es gibt seit 1996 eine regionale Statistik, die sehr schwierig herzustellen gewesen ist, weil sie zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam entwickelt wurde. Es ist zu unterstellen, daß diese Regionalstatistik präziser ist als die bisherige Länderstatistik. Nach dieser Statistik hatten wir schon im Jahre 1994 in allen östlichen Ländern positive Wanderungssalden zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildet jedoch Mecklenburg-Vorpommern,

wobei auch dort der Wanderungssaldo marginal ist. Nach dieser regionalen Statistik kann man daher konstatieren, daß die Situation der Anfangszeit der Wiedervereineinigung mit starker Abwanderung völlig beendet ist. Zum Teil sind sogar leichte Gegenbewegungen, also positive Salden, zu verzeichnen. Ich gehe davon aus, daß Zahlen von 1995 noch etwas günstiger sind als die Zahlen des Jahres 1994, so daß dort also inzwischen eine völlig andere Situation eingetreten ist.

Ergänzend möchte ich noch betonen, daß negative Wanderungssalden, jedenfalls wenn man in kleinere Einheiten von Regionen oder gar Kommunen geht, kein Spezifikum Ostdeutschlands sind. Vergleicht man z. B. westliche und östliche Großstädte miteinander und nimmt Berlin heraus, dann verbleiben als nächste Großkategorie, in der es dann westliche und östliche Großstädte gibt, diejenigen Städte, die zwischen 200.000 und 500.000 Einwohner haben. Ich nehme aus dieser Kategorie die obersten und komme rein zufällig zu den Städten Leipzig, Dresden, Bochum und Wuppertal. Wenn man die zwei West- und zwei Oststädte miteinander vergleicht, ergibt sich folgendes Ergebnis: Negative Salden im Jahr 1993 bestehen in Leipzig und Wuppertal, und positive Salden ergeben sich für Dresden und Bochum. Das heißt, es ist überhaupt nichts besonderes, negative Salden auf dieser Ebene zu haben. Gleiches gilt auch für die Bundesländer. Wir haben z. B. für 1993 und 1994 in den Bundesländern Bremen, Schleswig-Holstein und im Saarland Negativsalden, die durchaus vergleichbar mit denen in den östlichen Bundesländern sind.

Der Modus dieser Regionalstatistik ist neu und erst jetzt nutzbar. Aus diesen Daten ergibt sich so etwas wie ein Mikrobild des Wanderungsgeschehens in den neuen Bundesländern. Dasselbe kann man für die westlichen Bundesländer natürlich auch berechnen. Deutlich wird sichtbar, daß die Städte generell durch Abwanderung an Einwohnern verlieren und die Landkreise gewinnen. Wir finden dieses Phänomen generell für alle östlichen Bundesländer vor, ohne jede Ausnahme. Kreise gewinnen zu Lasten der Städte.

Ich wollte mich kurz fassen, deshalb bemerke ich zum Schluß nur noch etwas bezüglich der Interpretation dieser Wanderungen. Hierbei handelt es sich nicht um politische Interpretationen, da diese m.E. obsolet geworden sind. Ein Wanderungsverlust, der zunächst negativ anmuten mag, birgt gleichwohl auch Vorteile. Wanderungsverlust impliziert in der Regel immer sofort etwas Negatives. Problematisch sind dabei insbesondere die zwei Faktoren: „Brain drain“, d. h. die Abwanderung von Intelligenz und der arbeitsfähigen Bevölkerung einerseits, und andererseits geht es um die Entleerung von Räumen, d. h. um das Zurücklassen von Naturwüste aus zivilisierten Gegenden. Das mag richtig sein, nur es gibt eben auch Vorteile. Gerade in dem Wanderungsbereich, in dem wir uns hier bewegen, muß man betonen, daß die Abwanderung den Wohnungs- wie auch den Arbeitsmarkt in den östlichen Bundesländern entlastet hat. Jede einzelne Abwanderung bedeutet eine solche Entlastung.

Ich erinnere noch einmal an die zwei Seiten des Wanderungssaldos in der Grafik. Man muß außerdem genau so fragen, wenn man einen „brain drain“ durch

Abwanderung befürchtet, wer eigentlich die Personen sind, die aus dem Westen in den Osten wandern? Was bewirken sie dort? Ist das nicht möglicherweise ein entgegenlaufender „brain drain“? Zur Beantwortung dieser Fragen müßte man in die Befragungsmethodik gehen. In diesem Fall könnte man sich nicht mehr auf die Statistik zurückziehen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Professor Ronge. Bevor wir in die Diskussion starten, haben wir noch einen Punkt auf der Tagesordnung, der ein bißchen aus dem Rahmen fällt. Es handelt sich um einen Vortrag von Herrn Dr. Schroeder. Wenn ich richtig informiert bin, geht es in Ihrem Vortrag um das Thema des ganzen heutigen Tages. Wir haben zwar über Frauen und Jugendliche bereits eine Diskussionsrunde gehabt, deshalb will ich Sie aber nicht daran hindern, diese Themen noch einmal aufzugreifen. Ich bitte Sie auch, die letzten vier Kurzvorträge und Ihren Kurzvortrag als einen gewissen Diskussionsanstoß für die nachfolgende Diskussion zu werten. Sie haben die gleiche Zeit wie Ihre Vorredner.

PD Dr. Klaus Schroeder: Vielen Dank, Herr Poppe. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin zu dieser Thematik durch verschiedene Forschungsprojekte gekommen, die wir seit 1990 an der Freien Universität zum Transformationsprozeß durchgeführt haben. Ich selber arbeite seit geraumer Zeit an dieser Universität und leite dort die Arbeitsstelle Politik und Technik und den Forschungsverbund SED-Staat. Nachfolgend möchte ich über das Thema „Legenden und Fakten im Transformationsprozeß“ referieren, wobei ich mich auf typische Aspekte konzentrieren werde. Ich beschränke mich hierbei auf einige Thesen, die Ihnen in ausführlicher Form schriftlich vorliegen. Bisweilen werde ich etwas überpointieren, damit genügend Stoff für die Diskussion bleibt.

Die zentrale These möchte ich vorwegstellen: Der Transformationsprozeß ist trotz nicht zu übersehender Probleme weiter fortgeschritten und erfolgreicher verlaufen, als die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Ich möchte diese These im folgenden kurz begründen.

Erinnert sei zuerst an die Ausgangslage. Dies war der Bankrott der DDR, der sich als Konsequenz eines schleichenden Niedergangs von Wirtschaft und Ideologie darstellt, wobei der zweite Aspekt zumeist vergessen wird. In der Diskussion konzentrieren wir uns ja immer auf den ersten Aspekt. Dieser Zusammenbruch und die nachfolgende Vereinigung kamen sowohl für Politik und Wissenschaft als auch für die Bevölkerung überraschend, so daß auch keine Vorstellungen darüber vorhanden waren, wie dieser gewaltige und historisch ohne Beispiel ablaufende Transformationsprozeß konkret gestaltet werden könnte. Er stand von Beginn an unter zwei schweren Hypotheken.

Die erste Hypothek war die erbitterte Gegnerschaft in Ost und West gegen die Vereinigung überhaupt, insbesondere seitens der Opposition. Die noch größere Gegnerschaft richtete sich gegen die schnelle Vereinigung, also gegen die Art und den gewählten Weg des Vereinigungsprozesses. Eine zweite schwere Hy-